



Bericht aus dem Workshop 3: „Niedrigschwellige Angebote in der Benachteiligten- förderung“

A.) Impuls

(Der Input-Text basiert auf einem Papier mit gleichem Titel, dass in einer Arbeitsgruppe des Beirates für die Benachteiligtenförderung bei der BA unter Mitwirkung des Autors entstanden ist.)

Worum geht es?

Die BIBB/EMNID-Untersuchung im Auftrage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung - BMBF („Junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung“, 1999) hat herausgestellt, dass nach wie vor 11,6% aller jungen Menschen bis zum Alter von 29 Jahren ohne abgeschlossenen Berufsausbildung bleiben (12,2% alte Bundesländer, 8% neue Bundesländer). Bis zum Alter von 24 Jahren sind es in den alten Bundesländern sogar 14,6%, in den neuen 10,6%. Als Folge davon liegt die Erwerbsquote der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluß um fast 40% niedriger als die der jungen Erwachsenen mit Berufsabschluß. Der Anteil der im Haushalt tätigen Jugendlichen ist fast dreimal, der der arbeitslosen mehr als doppelt so hoch.

Ein großer Teil dieser Jugendlichen (bis 24-jährige 1992 56%, bis 29-jährige 1999 36,9%) hat nie eine Ausbildung nachgefragt. Die BIBB/EMNID-Studie stellt fest, dass der Grund dafür bei einem sehr großen Teil Resignation und mangelndes Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten ist.

Von den Jugendlichen ohne Schulabschluß oder mit Abgangszeugnis bleiben 65,5%, von denen mit einem im Ausland erworbenen Schulabschluß 53% und von denen mit Sonderschulabschluß 31,6% ohne Berufsabschluß. Während deutsche Jugendliche zu 8,1% (660 000 Personen) ohne Berufsabschluß bleiben, sind es bei den ausländischen Jugendlichen 32,7% (530 000), darunter 39,7% der türkischen Jugendlichen.

Ein erheblicher Teil dieser Jugendlichen kann durch die üblichen Angebote der Schule, der Berufsberatung und der Jugendberufshilfe nicht mehr angesprochen und erreicht werden, weil die „Schwellen“, die zur Information über, erst recht zur Teilnahme an diesen Angeboten

überwunden werden müssen, subjektiv als zu hoch empfunden werden.

Die neueste Shell-Jugendstudie wird in der Presse gerne mit der Aussage zitiert, die Jugend sei wieder optimistisch. Wie einer der Autoren, Richard Münchmeier, erläutert, ist das aber nur die halbe Wahrheit: Jugendliche mit guten familiären und sozialen Ressourcen sind wieder optimistisch, obwohl sie sich über die zu überwindenden Schwierigkeiten im Klaren sind. Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen, mit schlechten familiären und bildungsmäßigen Ressourcen sind sich ebenfalls über die zu überwindenden Schwierigkeiten im Klaren und sie, das gilt in besonderem Maße für die weiblichen Jugendlichen und jungen Frauen, resignieren zunehmend vor diesen Schwierigkeiten. Eine Schere tut sich auf und wird immer weiter.

Vielen Jugendlichen gelingt ein schulischer Erfolg und / oder der Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt nicht mehr bzw. sie sehen keinen Sinn und erwarten vor allem keinen Erfolg darin, sich dafür wirklich anzustrengen. Viele besonders benachteiligte Jugendliche entwickeln aufgrund anhaltender Misserfolgserfahrungen zunehmend Schwellenängste, die deutlich werden bei der Kontaktaufnahme zu Behörden, Beratungs- und Betreuungsdiensten, beim Einlassen auf Maßnahmen mit konkreten fachlichen und theoretischen Anforderungen sowie bestimmten Verbindlichkeiten und Regeln. Sie verlieren mehr und mehr die Bereitschaft und Fähigkeit, ihre Lage aktiv zu verändern und Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen. Sie entziehen sich Beratungs- und Bildungsangeboten und verfestigen Verhaltensmuster (Überlebensstrategien), die einer eigenverantwortlichen Teilhabe am Arbeits- und Berufsleben entgegenstehen.

Dennoch gibt es eine Reihe von Stellen, die zu diesen Jugendlichen Kontakt haben, zumindest von ihnen wissen. Es sind das von Fall zu Fall der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) des Jugendamtes, die Schule bzw. das Schulamt, die Mobile Jugendarbeit / Streetwork, das Jugendzentrum, die Polizei, die Jugendgerichtshilfe, das Sozialamt, die Ausländerberatung u.a. Das Problem ist aber in aller Regel, dass es zwischen diesen Stellen und ihren jeweiligen Aktivitäten kaum eine Vernetzung, schon gar keine systematische Kooperation und Absprache im Hinblick auf die Zielgruppe, geschweige denn auf einzelne junge Menschen gibt. Das gilt entsprechend für Absprachen und Kooperationen zwischen den genannten Stellen und dem Arbeitsamt bzw. der Jugendberufshilfe. Die Folge sind unabgestimmte, teilweise widersprüchliche Angebote und Maßnahmen, die eher zu „Maßnahmekarrieren“ und Ab-

tauchmechanismen, als zu wirklichen Fortschritten führen.

Was fehlt, ist sowohl eine konzertierte Strategie aller beteiligten bzw. zu beteiligenden Institutionen und Stellen, als auch eine Methode, mit der resignierte und „ausgestiegene“ Jugendliche erfolgreich angesprochen und für einen Wiedereinstieg in ihre Bildungskarriere gewonnen werden können.

Was ist zu tun?

Die betroffenen Jugendlichen fallen in den Wirkungsbereich verschiedener Gesetze, nach denen Unterstützung, Hilfe und Förderung möglich wäre: SGB III, SGB VIII (KJHG), BSHG, und nicht zuletzt die Schulgesetze der Länder. Das SGB III (§9, Abs. 3) und das SGB VIII (§ 81; § 13, Abs. 4) sehen die Abstimmung und Kooperation mit anderen Leistungsträgern ausdrücklich vor, im BSHG sind sie prinzipiell insofern implizit, als Leistungen nach dem BSHG nur gewährt werden, wenn kein anderer Leistungsträger zuständig ist.

Mit dem Artikel 11 des Sofortprogramms der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels von 1998 war die Bundesanstalt für Arbeit (BA) erstmals ausdrücklich aufgefordert, sich auch um die oben beschriebenen besonders benachteiligten Jugendlichen zu kümmern. Mangels praktisch jeder Erfahrung mit dieser Zielgruppe wurde sehr schnell deutlich, dass Erfolge auf diesem Feld nur in Kooperation mit anderen, wenn überhaupt erreichbar wären.

Ebenso deutlich wurde aber auch, dass die üblichen BA-Maßnahmen der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildung Benachteiligter für diese Zielgruppe nicht bzw. noch nicht adäquat sind. Es stellte und es stellt sich also nach wie vor die Frage, wie diese desillusionierten und resignierten Jugendlichen erreicht und erfolgreich bis zu einem qualifizierten Berufsabschluß und einer Eingliederung in Erwerbsarbeit gefördert werden können. Das Anfangsproblem dabei ist die Überwindung der beschriebenen Schwellenängste. Die „Schwellen“ müssen am Beginn der Ansprache also so niedrig sein, dass sie ohne große Anstrengungen und Mühen überschritten werden können. Es geht also darum „niedrigschwellige Angebote“ zu entwickeln.

Was heißt „niedrigschwellig“?

Niedrigschwellige Angebote stellen an die potentiellen Nutzer und Nutzerinnen zunächst keine, oder doch nur sehr geringe Anforderungen und Erwartungen bezüglich deren Verhalten, Eigenaktivität, Konsequenz, Durchhalte-

vermögen usw. Sie zeichnen sich aus durch einen geringen Grad an Verbindlichkeit, durch gute Erreichbarkeit für die Zielgruppe, sie haben üblicherweise eine „Geh-Struktur“, d.h. das Angebot bzw. die Menschen, die es machen, gehen dort hin, wo die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind und warten nicht, dass diese zu ihnen kommen („Komm-Struktur“).

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden durch das Fachpersonal individuell und mit Respekt angesprochen und angenommen und sie müssen sich darauf verlassen können, dass sie es beim nächsten Mal mit der gleichen Person zu tun haben.

Niedrigschwelligkeit bedeutet auch, dass Formen von Delinquenz, Gewaltbereitschaft, Drogenkonsum und anderen abweichenden Verhaltens zunächst durch das Fachpersonal akzeptiert und nicht sanktioniert werden.

Um wen geht es?

Unbeschadet der Tatsache, dass soziale Ausgrenzung und Benachteiligung an ihren Wurzeln und Ursachen und so früh wie möglich bekämpft werden müssen, geht es in diesem Kontext um Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 27 Jahren, die nicht erwerbstätig und nicht in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung erfasst sind und keine anderen arbeits- oder berufsqualifizierenden Angebote nutzen. Innerhalb dieser Gruppe geht es besonders um diejenigen, die sich aus Mangel an Motivation und/oder aus sozialisations- bzw. milieu-bedingten Gründen den Bildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangeboten entziehen. Angesprochen werden sollen also junge Menschen, die aufgrund ihrer soziokulturellen Entwicklung keinen Zugang zu bestehenden Angeboten entwickeln können bzw. wollen und schul- und bildungsmüde sind.

Was sind die Ziele?

Das Hauptziel bei jungen Menschen dieser Zielgruppe muß zweifellos sein, ihnen wieder Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Kompetenzen und Leistungsfähigkeit zu vermitteln und so ihre Resignation zu überwinden. Dazu ist vor allem und zunächst ein Paradigmenwechsel bei den „Profis“ notwendig: sie müssen diese jungen Menschen nicht zuerst und vor allem in und mit ihren Defiziten sehen, sondern sie müssen lernen, die nicht so offensichtlichen Stärken und Kompetenzen wahrzunehmen, über die diese jungen Menschen immer auch verfügen, sie aber selbst im Spiegel ihrer Umwelt nicht als solche wahrnehmen. An diesen gilt es anzuknüpfen und sie zu verstärken,

um so einen Ressourcenaufbau und eine Ressourcenentwicklung zu initiieren, die wiederum die Stärkung des Selbstbewußtseins und der Eigeninitiative ermöglichen.

In diesem Prozeß der Persönlichkeitsentwicklung und Ich-Stärkung entwickeln die jungen Menschen Neigungen und Interessen, über die sie an arbeits- und berufsqualifizierende Angebote und Maßnahmen herangeführt werden können. Auf diesem Wege soll die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vorbereitet werden, die dann mit den bekannten Mitteln des SGB III unterstützt werden kann.

Angesichts der prekären Arbeitsmarktlage reicht aber allein die berufliche Qualifizierung nicht aus. Vielmehr gilt es darüber hinaus bei den jungen Menschen die Entwicklung von persönlichen Kompetenzen zu fördern, die ihnen ein Leben mit Beschäftigungsrisiken möglich machen, ohne wieder in Resignation und Rückzug zu verfallen.

Institutionelle Stärken für eine gemeinsame Aufgabe nutzen!

Die Stärken der beteiligten Institutionen (Jugendämter, Arbeitsämter, freie Träger der Jugendhilfe und Jugendberufshilfe, Schulen und Schulbehörden, Arbeitgeberorganisationen, Kammern, Gewerkschaften usw.) müssen erkannt und zusammengeführt werden. Es gilt ein Netzwerk der Zusammenarbeit zu schaffen, in das die jeweiligen Akteure ihre Kompetenzen und Stärken einbringen im Sinne von: „Jeder macht das, was er zur Erledigung der gemeinsamen Aufgabe am besten beitragen kann!“. Zuständigkeiten sind zu bündeln und klar und eindeutig festzulegen. Die Gesamtverantwortung liegt sinnvollerweise und entsprechend den Regelungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) bei der Kommune. Im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung ist das Jugendamt vom Gesetz her gehalten, Schule, Arbeitsamt, Polizei, freie Träger der Jugendhilfe, Sozialamt und sonstige, für die Planung und Realisierung einer sinnvollen und effektiven Jugendförderung hilfreichen Stellen und Institutionen einzubeziehen.

Die BA hat sich durch die gemeinsamen Empfehlungen zur Kooperation zwischen den Arbeitsämtern und den Kommunen bzw. der Jugendhilfe (Dienstblatt-Runderlass 14/2000 und 63/95) zur Abstimmung und Kooperation verpflichtet und setzt das mit zunehmender Intensität, gerade mit Blick auf besonders benachteiligte junge Menschen, auch praktisch um.

Da viele dieser Jugendlichen noch der allgemeinen Schulpflicht unterliegen, findet immer öfter auch hier Kooperation zwischen der

Schule und der Jugendhilfe, aber auch mit den Arbeitsämtern statt. Und zunehmend schreiben auch die Schulgesetze der Länder die Kooperation mit der Jugendhilfe und den Arbeitsämtern vor.

Niedrigschwellige Angebote für besonders benachteiligte und lernentwöhnte junge Menschen müssen und sollten dementsprechend nicht durch die Arbeitsämter allein entwickelt werden. Vielmehr geht es darum, Schule, Jugendhilfe, Sozialhilfe, Arbeitsverwaltung und eventuell weitere Partner und Partnerinnen vor Ort in Dialog zu bringen, um gemeinsam möglichst wirkungsvolle Angebote zu entwickeln.

Wie wird vorgegangen?

Niedrigschwellige Angebote sind als erstes Glied einer stabilen, abgestimmten, in sich konsistenten und zunehmend fordernden Kette aufeinander aufbauender Fördermassnahmen notwendig, um resignierte und demotivierte Jugendliche wieder zu erreichen und ihnen sinnvolle Lebensperspektiven durch Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Am Anfang steht die aufsuchende Arbeit, um die jungen Menschen anzusprechen und zunächst ein persönliches Vertrauensverhältnis zu ihnen aufzubauen. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass sich das Fachpersonal an den Lebenswelten der jeweiligen jungen Menschen orientiert: junge türkische Frauen sind anders - und in der Regel nur durch Frauen anzusprechen - als junge Einheimische, AussiedlerInnen anders als Ostdeutsche, städtische Jugendliche anders als ländliche usw.

Generell ist aber entscheidend, dass gegenüber den jungen Menschen eindeutig, klar und offen agiert wird und dass sie so früh wie eben möglich in alle Entscheidungen und Schritte voll einbezogen werden. Durch dieses Einbeziehen soll insbesondere ihre Eigeninitiative und Aktivität geweckt und ihre Selbstverantwortung angesprochen werden.

Wenn das in ersten Schritten gelungen ist, wäre das Zurverfügungstellen eines persönlichen Bildungs- und Entwicklungsbudgets, etwa in Form von individuellen Bildungsgutscheinen, mit denen entsprechende Angebote und Leistungen etwa bei Trägern der Jugendberufshilfe, ggf. sogar in beteiligten Praktikums- oder Ausbildungsbetrieben „eingekauft“ werden können, ein Weg, auf dem Eigeninitiative und Eigenverantwortung in besonderer Weise gefordert und gefördert werden.

Seitens des Fachpersonals muss ein solcher Prozess in Form des „Casemanagements“ begleitet werden, d.h. eine Fachkraft begleitet den jungen Menschen während der Dauer des

ganzen Prozesses, unabhängig davon, welche konkreten Schritte dieser gerade macht. Die Aufgabe des Casemanagements ist es, dafür zu sorgen, dass einerseits an jedem Punkt des Weges für den jungen Menschen gangbare und zu bewältigende, allerdings auch fordernde Alternativen vorhanden sind, andererseits den jungen Menschen zu unterstützen und zu stärken, nicht aber ihn bzw. sie durch das Abnehmen von Entscheidungen, stellvertretende Aufgaben- und Problemlösung u.ä. zu entmündigen und in „sozialpädagogische Abhängigkeit“ zu bringen.

Und so könnte es aussehen

Durch Streetwork und/oder mobile Jugendarbeit werden die jungen Menschen an ihren Treffpunkten, Anlaufstationen und Aufenthaltsorten, ggf. auch zu Hause, aufgesucht und angesprochen. Durch Aufbau von persönlichen Beziehungen auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt und Akzeptanz kann ein Vertrauensverhältnis entstehen, das die Basis für erste Vereinbarungen und Verabredungen bildet.

Angebote wie Jugendcafés, Billard- und Kickerstuben, Mädchentreffs oder auch Internetcafés sind Orte, die die Zielgruppe auf einem geringen Verbindlichkeitsniveau nutzen kann, wo aber zugleich eine Fülle von Anlässen und Möglichkeiten zum Entdecken eigener Fähigkeiten und Kompetenzen bestehen.

Auf einer nächsten Stufe der Verbindlichkeit können die jungen Menschen für halboffene Angebote gewonnen werden, wo sie sich auf bestimmte, allerdings noch vergleichsweise lockere Regeln, Verhaltensnormen und Zeitvorgaben einlassen müssen. Solche Angebote können sein: Werkraum, Fahrradwerkstatt, Fitnessraum, Musik, Theater, Kochgruppe, Jugendclub o.ä.

Länger dauernde Angebote, wie etwa ein Videoprojekt, ein Tanzkurs, das Herstellen eines Gegenstandes für den eigenen Gebrauch in der Jugendwerkstatt, ein Bewerbungstraining, der Besuch einer Produktionsschule oder eines Assessmentcenters und weitere erfordern ein gewisses Maß an Ausdauer, Verbindlichkeit, Zuverlässigkeit und Frustrationstoleranz, die Voraussetzung sind, um eine der üblichen Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der BA absolvieren zu können.

Es handelt sich dabei nicht um klar voneinander getrennte Stufen oder Schritte, sondern um mögliche Stationen in je individuellen Entwicklungsprozessen, deren gemeinsame Merkmale sind, dass sie in hohem Maße durchlässig und durch zunehmende Verbindlichkeit und zunehmende und vor allem zielgerichtete Anforderung an die jungen Menschen und ihr

„Selbst-coping“ gekennzeichnet sind.

Sicher, all die oben genannten Angebote gibt es schon mehr oder weniger weit verbreitet. Der Unterschied ist aber der, dass sie – von vorbildhaften Ausnahmen einmal abgesehen – nicht konzeptionell, didaktisch und methodisch aufeinander abgestimmt und flexibel und durchlässig verbunden im Sinne eines je individuell zu gestaltenden „Förderbandes“ sind.

B.) Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse:

Noch einmal: Kooperation ist das A und O!

Ein Teil der in der Vergangenheit auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen entwickelten Projekte und Angebote zielt häufig auf die gleiche Zielgruppe, oft nur mit punktuell anderen Zielsetzungen oder verschiedenen Geldgebern. Für Fachkräfte in diesem Arbeitsbereich ist eine wenig überschaubare und wenig transparente Angebotspalette entstanden. Manche Jugendliche nutzen dieses „Nebeneinander“, um von Träger zu Träger und von Maßnahme zu Maßnahme zu wandern.

Um die vorhandenen Möglichkeiten effektiver zu nutzen muss eine stärkere Kooperation und Vernetzung der in diesen Bereichen tätigen Institutionen initiiert und verankert werden. Initiativen wie das Programm „Soziale Stadt“ des Bundesbauministeriums, der Länder und der Kommunen und das darin eingebettet Programm „Entwicklung und Chancen“ des Bundesjugendministeriums, aber auch die sächsische „Kooperationsvereinbarung“ sind dabei Grundlage und Wegweiser zugleich, wie eine solche Kooperation - unter aktivierender Einbeziehung der Betroffenen selbst - als Strukturelement sozialen Handelns entwickelt werden kann.

In funktionierenden Kooperationsstrukturen mit abgestimmten Hilfe- bzw. Förderplangesprächen lassen sich zielgerichtete Maßnahmen leichter und vor allem effektiver und effizienter entwickeln und umsetzen. Je nach Bedarf sind Angebote der Drogenhilfe (Therapie), der Jugendpsychiatrie oder andere therapeutische Verfahren für Jugendliche mit spezifischen Problemlagen zu nutzen, um auch ihnen den Weg ins Berufsleben zu ermöglichen. Die Jugendliche selbst erkennen und nutzen in einem abgestimmten Netzwerk mit überschaubarem Programm leichter für sie geeignete Angebote, mit denen sie zunächst die ihnen möglichen kleinen, später auch größeren Schritte machen können.

Bei Strafe gravierende sozialer Verwerfungen müssen wir versuchen, die oben zitierte Aufspaltung der Gesellschaft in solche die „drin“

sind, solche, die es vielleicht schaffen „rein“ zu kommen und solche, denen weder andere noch sie selbst eine Chance geben, zu verhindern. In diesem Kontext sind niedrighschwellige Angebote in der Benachteiligtenförderung ein – allerdings wichtiges – Element sozialpolitischen Handelns. Und da gerade von Strafe die Rede war: Über Sanktionen gegen Jugendliche, die auch ein solches Angebot nicht wahrnehmen wollen, kann frühestens dann nachgedacht werden, wenn durch die Angebote und Maßnahmen wirklich realistische Perspektiven auf die Integration in Erwerbsarbeit sichergestellt werden können.